



Die Demokratie ist nicht käuflich: keine bezahlten Unterschriftensammlungen bei der SP!

Von Anfang an zeugten bei der Unterschriftensammlung zum Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub zahlreiche, von der SPN gesammelte Hinweise aus der ganzen Westschweiz von betrügerischen Sammlungen. Es gab Sammler/innen, die für Unterschriften «für» den Vaterschaftsurlaub oder «im Zusammenhang damit» warben. Oft sind die Bögen so gefaltet, dass Unterzeichnende nicht wirklich wissen, was sie unterschreiben. Sammler/innen sagen, sie seien von den Arbeitgebenden getäuscht worden und hätten nicht gewusst, dass sie gegen den Vaterschaftsurlaub sammelten. Sie wohnen oft in Frankreich und wissen nicht viel über die Schweizer Politik¹. Ähnliche Klagen wurden schon beim Referendum gegen die Homophobie-Strafnorm laut.

Solche Praktiken bedrohen die direkte Demokratie und sind direkte Folge der kapitalistischen Funktionsweise des «Unterschriftenmarkts». Firmen lassen sich 2 bis 3 Franken pro Unterschrift versprechen, während ihre Angestellten nur einen Franken pro Unterschrift erhalten². Die Firmen und Sammler/innen werden so ermutigt, mit irreführenden Praktiken ihre Margen zu Lasten der politischen Rechte und der Demokratie zu optimieren. Wenn dieser beunruhigende Trend weitergeht, sind die Instrumente des Referendums und der Initiative bedroht: Unterschriftensammlungen auf der Strasse werden schwierig, weil das Vertrauen der Bevölkerung verlorengeht, und auf Dauer müssen diese demokratischen Instrumente eingeschränkt werden, um Betrug zu vermeiden. Die SPS, die wichtigste Oppositionskraft, riskiert damit ihre zentralen Kampfmittel zu verlieren.

Nebst dem Trend zu Betrügereien bei bezahlten Unterschriftensammlungen verstärken letztere ein weiteres demokratisches Problem: die politische Stärke der bürgerlichen Parteien. Mit ihren finanziellen Mitteln hätte eine Partei wie die SVP keine Mühe, Zehntausende von Franken für ein Referendum oder Hunderttausende für eine Initiative auszugeben. Diese Verzerrung des demokratischen Systems kommt zu den bereits zahlreichen Vorteilen der

¹ [24heures, 6. Dezember 2019](#)
[RTS info, 6. Dezember 2019](#)
[Blick, 23. Dezember 2019](#)
[NZZ, 4. Februar 2020](#)
[NZZ, 8. Februar 2020](#)

² <https://www.rts.ch/info/suisse/11058497-recolte-remuneree-de-signatures-des-pratiques-trompeuses-de-voilees.html>

reichen Parteien auf politischer Ebene hinzu. Es ist inakzeptabel, dass Referenden und Initiativen zu simplen Produkten in einem Supermarkt für die bürgerlichen Parteien werden!

In der Erwägung, dass die einzig wirksame Lösung zur Vermeidung solcher Klippen in einem Verbot der spezifischen Bezahlung von Personen für Unterschriftensammlungen (pro Unterschrift oder pro Stunde) besteht, wie es vermutlich auf Bundesebene vorgeschlagen wird³,

In der Erwägung, dass die SPS als eine Partei, deren Kern in der Kampfkraft liegt und deren Mitglieder bei Unterschriftensammlungen auf der Strasse stets am stärksten vertreten sind, immer mehr als Beispiel vorangehen muss, auch ohne Verbot des Bundes,

1. werden die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und ihre kantonalen und lokalen Sektionen keine Verträge mehr abschliessen, die eine spezifische Bezahlung für Unterschriftensammlungen mit politischen Forderungen (Initiativen, Referenden, Petitionen...) vorsehen,
2. unterstützt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ein Verbot des Bundes von Verträgen, die eine spezifische Bezahlung für Unterschriftensammlungen vorsehen.

³ <https://www.rts.ch/info/suisse/11070843-le-referendum-contre-le-conge-paternite-de-deux-semaines-con-teste.html>, Artikelende.